

Soziales / Arbeitsmarkt / Haushalt

AF Rat ö 20.10.2009

Verlauf kommunale Wohnkosten Hartz IV – Leistungsbezieher/-innen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 4 e)

Inhalt der Anfrage:

Im Zuge der seinerzeitigen Verabschiedung des SGB II wurde die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) neu geregelt. Die Kommunen sollten dabei vor zusätzlichen Belastungen geschützt und darüber hinaus für eine gesetzliche Entlastung durch den Bund in Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich gesorgt werden. Der Bund orientiert seitdem die Berechnungen seiner jährlichen Beteiligung an den KdU an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie ist die Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU), der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und der Beteiligung des Bundes seit der Einführung von Hartz IV in der Stadt Osnabrück verlaufen?
2. Welche Entwicklung zeichnet sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise diesbezüglich ab und welche Auswirkungen sind auf den kommunalen Haushalt zu erwarten?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, dieser Entwicklung ggf. wirksam zu begegnen?

Die Verwaltung beantwortet die Anfragen wie folgt zu Protokoll:

Zu 1:

Die Entwicklung ist der beigefügten Tabelle (Spalten 1 bis 7) zu entnehmen (sh. Anlage).

Zu 2:

Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung geht die Verwaltung davon aus, dass sowohl die Fallzahlen, als auch die durchschnittlichen Unterkunftskosten je Fall steigen werden.

Nach der geltenden bundesgesetzlichen Regelung wird die Bundesbeteiligung für das Jahr 2010 in Niedersachsen von 25,4 % auf 23 % sinken, da die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf Bundesebene im Referenzzeitraum rückläufig war.

Die prognostizierten Werte sind ebenfalls in der Anlage (Spalten 8 bis 11) dargestellt. Sowohl die Zunahme der Bedarfsgemeinschaften als auch die Erhöhung der Mieten wurden dabei eher vorsichtig geschätzt.

Zu 3:

Wirksam begegnet werden kann der Entwicklung nur, wenn es den Kommunen gelingt, den Bund zu einer gesetzlichen Änderung der Vorschriften zu bewegen, bei der sich die Bundesbeteiligung zeitnah an der tatsächlichen Entwicklung der Ausgaben für die Unterkunftskosten orientiert.

Die Kommunalen Spitzenverbände sind in diesem Sinne bereits aktiv geworden.

Die Verwaltung wird über die weitere Entwicklung im Sozial- und Gesundheitsausschuss informieren.

Beratungsverlauf

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

Osnabrück, 05. Oktober 2009

Stadt Osnabrück
Vorstand 2
Fachbereich Soziales und Gesundheit

Anlage Querformat

Betreff: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verlauf kommunale Wohnkosten Hartz IV – Leistungsbezieher/-innen

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Rat der Stadt Osnabrück	20.10.2009	Ö	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	11.11.2009	Ö	

Entwicklung der Unterkunftskosten nach dem SGB II (KdU) 2005 bis 2010

	2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr	Mio. €	Veränd. zum Vorjahr
Kosten der Unterkunft	25,58	12,3%	28,73	3,93%	29,86	2,6%	30,64	2,6%	33,54	9,5%	35,73	6,5%
Bundesbeteiligung	7,44	12,4%	8,36	11,48%	9,32	-6,0%	8,76	-6,0%	8,52	-2,7%	8,22	-3,5%
Landesmittel	2,32	45,3%	3,37	41,54%	4,77	-0,8%	4,73	-0,8%	4,70	-0,6%	4,80	2,1%
Belastung Stadt	15,82	7,5%	17,00	-7,24%	15,77	8,8%	17,15	8,8%	20,32	18,5%	22,71	11,8%
Bundesbeteiligung %	29,1%	0,0%	29,1%	2,1%	31,2%	-2,6%	28,6%	-2,6%	25,4%	-3,2%	23,0%	-2,4%

	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11					
	2005	Ø	2006	Veränd. zum Vor- jahr	Ø	2007	Veränd. zum Vor- jahr	Ø	2008	Veränd. zum Vorjahr	Ø	2009	Veränd. zum Vor- jahr	Ø	2010	Veränd. zum Vor- jahr
Anzahl der Bedarfsgemein- schaften mit Kosten der Un- terkunft	7.243	8.217	8.217	13,4%	8.001	-2,6%	7.982	-0,2%	8.400	5,2%	8.600	2,4%				